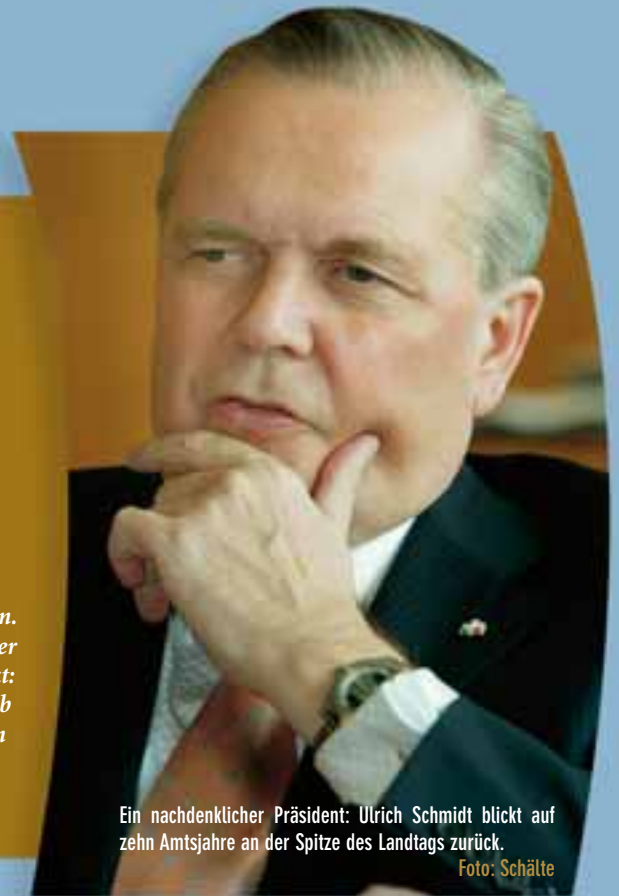


„Viel erreicht. Schnitt jetzt“

Landtagspräsident nimmt nach 35 Jahren Politik seinen Abschied

Landtagspräsident Ulrich Schmidt (63) wird nicht mehr dem neuen Landtag angehören. Es war seine eigene, persönliche Entscheidung. Niemand hat ihn dazu gedrängt. Aber wer mit ihm spricht, wie „Landtag intern“ ein paar Tage vor der NRW-Wahl, der merkt: Leicht fällt ihm der Abschied aus der aktiven Politik nicht. So will er erst einmal Urlaub machen, Bücher lesen und darüber nachdenken, wie er seine politischen Erfahrungen und Verbindungen zum Nutzen der Menschen auch nach seinem Abschied in die Waagschale werfen kann.



Ein nachdenklicher Präsident: Ulrich Schmidt blickt auf zehn Amtsjahre an der Spitze des Landtags zurück.

Foto: Schälte

Ulrich Schmidt weiß aus der Erfahrung von 35 Jahren Politik (davon 30 im Landtag), dass man im politischen Leben am besten den Zeitpunkt selbst bestimmt, an dem man ausscheidet: „Es ist genug“, meint er. „Ich habe eine Menge erreicht. Erst Ratsmitglied in Wetter, dann 20 Jahre Bürgermeister. Fünf Jahre Vizepräsident des Landtags. Zehn Jahre Präsident. Schnitt jetzt.“

Mit Empfehlungen an den neuen Landtag hält er sich zurück. Aber er hofft, dass die dann verringerte Zahl von Abgeordneten den Elan aufbringt, die parlamentarischen Abläufe weiter zu straffen und etwa die Zahl der Ausschüsse deutlich zurückzufahren. Zur Erklärung: Einige Minister der Landesregierung müssten derzeit vier oder fünf Landtagsausschüssen Rede und Antwort stehen. Schmidt: „Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Minister müssen regieren. Sie müssen ins Land gehen, mit den Leuten sprechen, damit sie wissen, was los ist.“

BÜROKRATIE

An dieses Prinzip politischer Arbeit hat sich Schmidt gehalten. Auch als Präsident, darauf legt er Wert, sei er immer noch Abgeordneter gewesen - mit offenen Ohren für die anderen Abgeordneten und für die Bürgerinnen und Bürger im heimischen Wahlkreis. Die hätten mit ihren Anliegen oft sein Wahlkreisbüro gestürmt. Dabei habe er, Schmidt,

manchmal selber Schwierigkeiten gehabt, die Wege und Irrwege der Bürokratie nachzuvollziehen, in denen sich „der kleine Mann“ hoffnungslos verfangen hatte: Wie soll der nämlich verstehen, dass er mit seinem Anliegen vom örtlichen Amt an den Regierungspräsidenten verwiesen wird - und wieder zurück? „Das reibt auf, das frustriert die Leute.“ Darum Schmidts Forderung: „Wir müssen so weit kommen, dass der staatliche Aufbau auf einer Seite DIN A 4 verständlich dargestellt werden kann.“ Also von der Verflechtung zur Entflechtung, zur Verlagerung von Zuständigkeiten auf die Ebene, die sie am besten und so bürgernah wie möglich erledigen kann.

Am 8. Juni nimmt Ulrich Schmidt seine letzte Amtshandlung vor. Dann wird er die Mitglieder des neuen Landtags zur konstituierenden Sitzung begrüßen. Danach leitet er die Wahl seines Nachfolgers oder seiner Nachfolgerin. Er stellt das Wahlergebnis fest und teilt es dem Plenum und der Öffentlichkeit mit. Anschließend wird er seinem Nachfolger, seiner Nachfolgerin alles Gute und Glückauf wünschen.

Der alte Bergmannsgruß geht ihm leicht von den Lippen. Schmidt hat einst beim Montanriesen Hoesch gearbeitet. Das moderne Hoesch-Stahlwerk in Dortmund ist nicht mehr: Abgebaut und nach China verfrachtet. So etwas hat Schmidt, der seinen Wahlkreis am Rande des Reviers hat, häufiger erlebt. Man nenne es „Strukturwandel“ und vergesse, dass

Menschen davon betroffen sind, meint der Präsident nachdenklich.

„Ich habe die Diskussion um Münteferings „Heuschrecken“ mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und begleitet“, sagt er und gibt ein Beispiel. Vor kurzem habe er erlebt, wie in Hattingen 350 Männer und Frauen mitsamt ihren Kindern demonstriert und dagegen protestiert haben, dass die Produktion nach China verlagert werden soll - alle Arbeitsplätze weg. Kone-Rolltreppen würden, so die Begründung der finnischen Unternehmensleitung, im Boomland China gebraucht, nicht so sehr im alten Europa. „Das verstehen die Leute nicht“, erläutert Schmidt. Die hätten eher das Gefühl, sie würden ausgepresst: Das Know-how wird nach Asien mitgenommen, der Laden in Hattingen dicht gemacht. Dabei sei die Firma, ergänzt der Landtagspräsident, mit Mitteln des Landes gefördert worden und schreibe schwarze Zahlen.

GLOBALISIERUNG

Nur eine notwendige Folge der Globalisierung? „Die Leute sehen das mit Angst“, stellt der Politiker Schmidt fest. Den Kontakt zur Wirklichkeit hat er nicht verloren - auch als Präsident nicht, von dem man denkt, dass er über allem Streit schwebt und souverän die Geschäftsordnung eines Landtags zu handhaben weiß. JK